

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

"Budget für Arbeit" für Menschen mit Behinderung

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Landesprogramm "Budget für Arbeit" im Rahmen der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und der Regelungen zur Ausgleichsabgabe in Thüringen zu erarbeiten, das Menschen mit einer Behinderung nutzen können und folgende Bestimmungen enthält:

1. Ziel des "Budget für Arbeit" ist eine kontinuierliche und dauerhafte Lösung als Unterstützung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Existenz sichernder Beschäftigung,
2. bei einem Scheitern des Arbeitsverhältnisses auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine Rückkehr in die Werkstatt für behinderte Menschen jederzeit möglich,
3. das Landesprogramm "Budget für Arbeit" ist im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne des Landes wirksam bekannt zu machen und es ist eine Börse für integrative Arbeitsplätze zu schaffen, um Menschen mit Behinderung einen leichten Zugang zu den Angeboten zu ermöglichen,
4. es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Landesprogramm "Budget für Arbeit" in Thüringen einfach und unbürokratisch beantragt und gewährt werden kann.

Begründung:

Wer Arbeit hat, kann wirtschaftlich unabhängig sein und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Zum 30. Juni 2013 waren in Thüringen offiziell insgesamt 6.473 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet, das sind 7,1 Prozent aller Erwerbslosen. Davon sind 2.558 im Bereich des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch und 3.915 im Bereich des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch zugeordnet. Damit diese Menschen mit Behinderung nicht länger vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben und ihren Anspruch auf Eingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft verwirklichen können, bedarf es eines Landesprogramms "Budget für Arbeit" und einer umfassenden Information an potentielle Arbeitgeber.

Für die Fraktion:

Ramelow